

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Mai 1930

Nummer 21

Ausrottung der Arbeitslosen...

Statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Kampf gegen die Arbeitslosen!

Die Wirtschaftseffensive gegen das Proletariat wird von der Regierung mit immer grausamerer Fortgeieci. Die Bourgeoisie erntet die blutigen Früchte des 15. Juli. Mit dem Kriegsschuss wurde der Keigen eröffnet. Die Scheber Bekämpfung stellte die Allmacht der Staatsgewalt wieder her: Maschinengewehre, Panzerauto, Stacheldraht und Polizeiregime sind in Oesterreich die Argumente der Regierung. Das Am-Terrorgesetz verwandelt das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft in eine Zuchthausordnung. „Frei“ soll sein die Ungetreuerkreuzer - getreuet, von der Hungerpeinliche und dem Kerker bedroht der Massenbewußte Arbeiter.

Ein Schandentwurf

Nur Ausrottung der Arbeitslosigkeit durch Hunger ist die 22. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Nun wird der Frontalangriff gegen die Arbeitslosen, gegen den wohllosten Teil des Proletariats, gerichtet.

Dem Scheine nach nur gegen die Arbeitslosen -- in der Tat gegen die ganze Arbeiterklasse. Durch Hunger sollen die Proleten mürbe gemacht werden. Ein Geschenk an die Ausbeuter in Stadt und Land.

Hunderttausenden

soll die Unterernährung um ein volles Viertel gefürzt werden. Statt Erhöhung, soll die Notstandsunterernährung um ein Viertel niedriger sein als die normale Arbeitslosenunterernährung.

Ein Wort

an zehntausenden Arbeitslosen ist die Bestimmung im Entwurf, wonach in Zukunft -- ohne Einschränkung -- jenen Arbeitslosen, die das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben, die Notstandszuschüsse nicht länger als ein Jahr, wenn sie für eine Familie zu sorgen haben, und sonst nur ein halbes Jahr gewährt werden darf.

Diese Bestimmung allein schon bedeutet das Nichts für zehntausende. Man bedenke nur, daß es Industrieorte gibt, wo alle Betriebe geschlossen sind oder gar die Maschinen ins Ausland verschleppt wurden. Seit Jahren leben in diesen Orten die Proleten von der Unterernährung. Was soll aus diesen Arbeiterfamilien werden? Diese Arbeiter haben sich schon das Hungern in der Republik gewöhnt -- aber von Steinen und den beauftragenden Neben der SP-Führer können sie doch nicht vegetieren.

Den Saisonarbeitern

soll für jedes Monat Arbeit in der Saison, eine Woche in der toten Saison die Unterernährung entzogen werden. Das ist der Anfang zur völligen Einkesselung der Unterernährung für Saisonarbeiter. Die Schneiderin, die wöchentlich 20 bis 30 Schilling verdient, soll von diesem Hunger

selbst noch etwas ersparen, damit sie in der toten Saison davon „leben“ kann. Und wenn sie es nicht kann? Herr Prälat, Professor Inniger, Minister für soziale Fürsorge, soll diese Schneiderin dann auf den Strich gehen?

Die Jugendlichen

bis zu 18 Jahren sollen durch die vorgezeichneten Bestimmungen überhaupt niemals eine Unterernährung erhalten. Statt einer besonderen Hilfe für die Jugend, um sie vor dem Verdröben und Verbrechen zu bewahren, wird sie vom Staat jeder Hilfe entblößt.

Die Amoralität für den Bezug der Unterernährung soll

von 20 auf 26 Wochen

verlängert werden. Bei Fortarbeitern, die in der Industrie beschäftigt sind, weil sie in ihrem Beruf keine Beschäftigung finden, soll die Amoralität für den Anspruch auf Arbeitslosenunterernährung erst nur anberthhalb Jahren ununterbrochener Beschäftigung in Kraft treten.

Im übrigen winnelt der Entwurf von arbeiterfeindlichen Bestimmungen.

Diese Novelle liegt ganz auf der Linie der Forderungen des Handelskammertages.

Nichts von den zahmen, nur als Manöver gedachten Forderungen der Gewerkschaften wurde von der Regierung erfüllt.

Dem letzten Arbeiter wird es einleuchten: Dieser Entwurf ist der brutale Profugier, den faschistischen Weltläden der Bourgeoisie entworfenen. Es ist ein Teil im Programm des kapitalistischen Wiederaufbaues auf Kosten der Arbeiterklasse. Statt Kampf -- appelliert die Sozialdemokratie an das „Kaisermännliche Verantwortlichkeitsgefühl“ der Regierung.

Bei von den SP-Führern in Szene gesetzte „Endkampf“ um die

Alters- und Invaliditätsversicherung dient nur als Schachrojekt für das vom Führerklüngel als „unhaltbar“ bezeichnete Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Die SP bereitet die Arbeiter auf Wahlen vor um sie vom revolutionären Abwehrkampf abzuhalten.

Die Bourgeoisie dreht auf Stimmzettel, ihre Macht beruht auf Gewalt.

Keinen Schritt mehr zurück!

Verbesserung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes!

Für eine menschenwürdige Alters- und Invaliditätsversicherung!

Wegen Heimwehr- und Ungetreuerterror!

Auf die SP-Führer ist kein Verlaß. Arbeiter, ihr müßt von den Vertrieben aus den revolutionären Abwehrkampf gegen die Reaktion organisieren.

Mit gefälltem Bajonett . . .

Der 4. Mai in St. Pölten.

Am 7. Oktober war in Wr.-Neustadt Polizei und Gendarmerie aufgeboten worden, um die Autorität des Staates zu demonstrieren und die feindlichen Lager zu trennen. Ganz anders in St. Pölten. Der Aufmarsch des Schutzbundes wird verboten. Bundesleer in selbsttätiger Abjuration sowie Gendarmerie verwandelt St. Pölten in eine Festung. Der Schutzbund wird von den Mündigen der Maschinenwerke zur Bahn eskortiert. Wegen die, dem Schutzbund zuzubehörende Menge, wird ohne den geringsten Anlaß mit Bajonett vorgegangen. „Fenster schließen, sonst wird geschossen!“ war der Befehl gegen die aus den Wohnungen dem Schutzbund zuzubehörende Proleten. Frauen und Kindern (wie Falken) wird das Bajonett an die Brust gesetzt. Und trotzdem gelingt es an einer Stelle — das war der kritische Augenblick des Tages — ein dreifaches Gendarmeriekorso zu durchbrechen. Die Zahl der von Bajonettschüssen Verwundeten wird totgeschwiegen.

St. Pölten war ein Bürgerkriegsmanöver der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

Eine große Empörung geht durch die Reihen des Schutzbundes. Die Proleten haben es satt, länger zum Schutze des Staates, der die Maschinengewehre gegen sie richtet, zu wirken. Unverhüllt, bezeichnen die Schutzbündler die Verichterstattung der sozialdemokratischen Presse.

Das Proletariat muß erkennen, daß es in der Demokratie demselben Klassenhaß gegenübersteht, wie in der Monarchie.

Warnung!

Einige Elemente, die sich mit Arbeitergroßem ein bequemeres Dasein verschaffen wollen, beschäftigen sich in Graz mit der Gründung einer „Krankenkassa“. Wir warnen alle vor diesen Schillingmännern!

Stalin läßt erschießen.

Der „Kommunist“, unser deutsches Bruderorgan, bringt folgende Nachricht:

Wie wir erfahren, sind soeben die Genossen Sjöfö und Rabinowitsch unter der Anklage, Eisenbahnsabotageakte organisiert zu haben, von der G. P. U. erschossen worden. Es ist überflüssig, besonders zu betonen, daß diese irrsinnige Anschuldigung nur zu dem Zwecke verbreitet wird, um irgendeine Begründung für das thermidorianische Verbrechen zu haben, das nun an den oppositionellen Bolschewitsch-Leninisten verübt wurde.

Die Tatsache, daß Stalin bis heute noch die Erschießung des Genossen Blumkin zu verheimlichen sucht, beweist, daß er nicht einmal eine Begründung für den verübten Mord anzugeben vermag.

Persönliche Rache und Usurpatorenangst — das sind die Triebfedern dieses Verbrechens Stalins!

Diese Mörder werden die Opposition nicht einschüchtern — darüber auch nur ein Wort zu verlieren wäre überflüssig — sie werden sie auch von ihrem vorgezeichneten Weg nicht ablenken.

Die Verbrechen des Stalinschen Apparates werden nicht ungeahnt bleiben — des Stalinschen Apparates, den wir nicht mit unserer Partei verwechseln.

Die Partei wird die Fraktion Stalin zur Rechenschaft ziehen. Es wird keinem gelingen, der Verantwortung zu entgehen.

Um unsere Arbeit!

Der „Mahnruf“ kämpft mit den größten Schwierigkeiten. Wir sind daher gezwungen, für die Sommermonate in kleinerem Format zum Preise von 12 Groschen zu erscheinen. Wir appellieren an alle unsere Freunde, für die Fortsetzung des „Mahnruf“ mit aller Kraft zu sorgen.

Was uns Arbeiter schreiben.

Ungarischer Maschinenfabrik.

Es sind es bis jetzt, die bei uns den Hakensteiß auf's Gütle stecken und an uns Arbeitern zu Judassen wurden. Keiner im Betrieb weiß schon mehr, ob der Nächste nicht ein Verräter ist. Daß sich das überall auswirkt, ist wohl klar. Viele der Kollegen sind mutlos und geben alle Hoffnung auf. Das ist falsch, Genossen! Wir werden im Gegenteil alles daransetzen, um in der Maschinenfabrik den antisozialistischen Kampf zu organisieren. Und wir Anderer Proleten werden, den erbärmlichen Machinationen der Direktion zum Trotz, mit in der ersten Reihe im Kampf für den revolutionären Sozialismus marschieren.

Ein Maschinenfabrikler.

Wie sie lügen!

Am 24. April durchlief die ganze Weizer Waggonfabrik, ungeheuer, aufgebracht, alarmartig, die Nachricht, daß die Wiener revolutionären Sozialdemokraten zur Stalinpartei übergetreten wären. Einige Nummern des mit kommunistischem Parteigeld bezahlten „Rev. Sozialdemokrat“ zitierten durch die diskutierenden Arbeiter. Phantasiennachrichten, Zahlen, die in Sechsaufende gingen, wurden von unseren paar Stalinisten triumphiierend veröffentlicht.

Es hilft nichts, mein lieber Gogran! Uns kannst du keinen Schmach vormachen. Laut „Kotter Fahne“ sind im ganzen W. Anhänger Dr. Reichs zur G. P. U. übergetreten, und wer weiß, ob das wahr ist. Wahr aber ist, wie wir genau wissen, daß die klassenbewußten Elemente der revolutionär-sozialdemokratischen Genossen, innerhalb

der Partei blieben, wo sie ihre Aufgabe leisten und es energisch abgelehnt haben, Reklamemänner für die im ganzen Österr. Proletariat mißkreditierte G. P. U. zu sein.

Einige linke sozialdemokratische Weizer Arbeiter.

Bei entsprechendem Arbeitswillen . . .

Tausende steuert die Grazer J. B. St. jetzt aus. Brutal, von einer direkt sadistischen Grausamkeit werden diese insamen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die ärmsten Teufeln begleitet.

„Bei entsprechendem Arbeitswillen und Arbeitsuche muß es Ihnen jetzt leicht sein, Arbeit zu finden.“ So steht es in der Begründung, die den Entzug dokumentieren soll.

Ich renne täglich von einer Fabrik in die andere. „Wie viel wollens denn gleich mitnehmen ins Arbeitslosennam?“ tropeln mich die Ingenieure. Sie schauen mich an, wie wenn ich verrückt wäre, wenn ich um Arbeit -- bitte.

Und am 31. Mai werde ich freistlos ausgesteuert.

„Bei entsprechendem Arbeitswillen.“ „Fahren S' ab!“ hat mich heut ein Baupolier um 6 Uhr früh angepöbeln, „schauen S', daß weiterkommen“. Er war sehr aufgebracht, denn ich habe um Arbeit nachgefragt.

Uranisch und Konforten aber begründen ihre mörderischen Verfügungen:

„Bei entsprechendem Arbeitswillen . . .“

Ein verzweifelter Arbeitsloser.

Das Abenteuerertum in der Wirtschaftspolitik, seine Folgen und seine Gefahren.

(Schluß.)

Die soziale Differenzierung in den Kollektivwirtschaften.

Aber es handelt sich nicht bloß um die Geräte und die Produktionsmittel überhaupt. Eine Familie, die die Arbeitskräfte stellt, wird einen größeren Anreiz verlangen als eine Familie, die nur eine Arbeitskraft stellt. Wenn die Kollektivwirtschaft den nicht zur Verbesserung des Produktionsapparates verwendeten Teil des Ertrages behalten will, muß sie diese Aufwendungen der verschiedenen Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel belegen. Das macht wieder den Weg frei für die soziale Differenzierung innerhalb der Kollektivwirtschaften und für deren Umwandlung in kleinbürgerliche Genossenschaften, von deren Mitgliedern die meisten sehr bald Pächtern gleichen werden, da die Leitung sich in den Händen einer reicheren Oberschicht befindet. Diese Erscheinung war schon früher oft aufgetreten, als die Kollektivwirtschaften noch eine Ausnahme waren und durch individuelle Anreize zustande kamen.

Das heißt, daß nach der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ durch dieses rein administrative Mittel und nach der Expropriation und Ausweisung der „nominalen“ Kulaken die Stalinsche Bürokratie die in den Kollektivwirtschaften entstandenen Kulaken für „gebildete und fortschrittliche Genossenschaftler“ erklären und sich im übrigen auf die Formel Lenins („Neben das Genossenschafts-wesen“) berufen wird. In diesem Falle würde die Kollektivwirtschaft nichts anderes werden, als eine neue soziale und politische Einrichtung zur Mastierung des Kulakentums. Man muß gestehen, daß der neue Volkskommissar für Ackerbau, Jdanow, der berufenen Mann zu sein scheint, sich dieses neuen Schwindels zu bedienen nicht ungenützt hat er sich jahrelang bemüht, unter Aufwand einer großen Beklebung durch statistische Zeitungsartikel die Venus zu erbringen, daß der Kulak nur eine Erfindung der Opposition sei. Er war es auch, der kürzlich im Verein mit anderen Funktionären das Programm der Opposition, das auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Kollektivierung auf Grundlage einer fortgeschrittenen Industrialisierung Linwics, für ein konterrevolutionäres Dokument erklärte.

Unterdessen bereitet sich der Bauer, den Widerspruch zwischen den kollektivwirtschaftlichen Formen und der unzulänglichen technischen Grundlage verweigern, sein Vieh um jeden Preis loszuschlagen, bevor er in die Kollektivwirtschaft eintritt. Die Preise ist voll beunruhigender Nachrichten über die massenhafte Verelendung des Viehstandes und den Verlust an die Schlachthäuser. Die Führung antwortet darauf, wie sie kann: mit Zirkularen, Telegrammen und Trohungen. Aber das genügt offenbar nicht. Der Bauer weiß nicht, ob ihm in der Kollektivwirtschaft sein Pferd und seine Kuh angerechnet werden, und wenn sie es werden, wie hoch. Er hofft, daß die Kollektivwirtschaft vom Staate einen Traktor bekommen werde. Er beabsichtigt keinesfalls, seine Kuh der Gemeinschaft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Bauer bleibt ein beschränkter Realist. Da er sich gezwungen sieht, in die Kollektivwirtschaft einzutreten, bereut er sich, aus der Veräußerung seines persönlichen Eigentums irgendeinen besonderen Vorteil herauszuschlagen. Nun kann der Staat dieses Eigentum durch eine mechanische Kraft oder durch besseres Vieh nicht ersetzen. Und das bringt die Kollektivwirtschaften von vornherein in große Schwierigkeiten.

Es ist leicht vorauszuzeigen, daß dem jetzigen Vorkurs, der in keiner Weise gesichert ist, bald ein überstürzter, die Massen in Schrecken versetzender Rückzug folgen wird; höheren Preis wird man ihm natürlich für

einen sogenannten strategischen Rückzug erklären. Die leichtfertig improvisierten Kollektivwirtschaften werden sich zerlegen oder verkommen und in schweren inneren Kämpfen das individuelle Eigentum an den Produktionsmitteln wieder herstellen und so den kapitalistischen Tendenzen den Weg ebnen. Dann natürlich wird die stets unheilbare Fäulnis die ausführenden Organe des „Trozkismus“ beschuldigen, um wieder die Stalinschen Formeln aus den Jahren 1924-25 einzuschmeißen... vorausgesetzt, daß die Partei die bürokratischen Abenteuerer fortwirtschaften läßt.

Was die Bürokraten antworten werden.

Es ist vorauszusetzen, welches Echo unsere Analyse in den leitenden Kreisen wecken wird. Die Funktionäre werden behaupten, daß wir auf die Krise spekulieren. Das Gerücht wird beifügen, daß wir den Sturz der Sowjetmacht wollen. Jaroslawski wird erklären, daß wir für Chamberlain arbeiten. Und es ist nicht auszuschließen, daß die Menschewiki und die Liberalen ein paar Redensarten loslassen, die beneiden sollen, daß Rußland zum kapitalistischen Regime zurückkehren müsse.

Die Beamten des Kommunismus werden aufs neue eine „Solidarität“ zwischen der Opposition und den Menschewiki entdecken. Es wäre nicht das erste Mal, es wird nicht das letzte Mal sein. Aber all das wird uns nicht betreffen. Das Meiste verhält, die Tatsachen bleiben. Nach einer langen Periode opportunistischer Politik macht die Stalinsche Bürokratie eine kurze, aber stürmische Periode einer teilen ultralinken Politik durch. Die Theorie und die Praxis der „dritten Periode“ führen zu denselben verhängnisvollen Folgen und leisten dieselbe Zerstörungsarbeit wie in der U.S.S.R. so draußen. Man wird sagen: Die Opposition scheint mit dem Apparat zu tauschen. Sie magt in der Ueberindustrialisierung an und neigt selbst nach rechts. Andere Schlammier werden beifügen: der rechte Flügel, der die Stalinschen der Ueberindustrialisierung und des „Trozkismus“ beschuldigt, kapituliert vor Stalin, während die linke Opposition sich um die Plattform des rechten Flügels zu sammeln scheint.

Alle diese Betrachtungen, Nebeneinanderstellungen und Vergleichen lassen sich voraussetzen und man könnte sogar im vorhinein die Klischees und Neben schreiben, zu denen dieser Gegenstand Anlaß geben wird. Wie wenig dahintersteht, ist leicht anzugehen. Sie hatte sich die Opposition die Aufgabe gestellt, die kapitalistische Welt „in der kürzesten Zeit einzuholen und zu überflügeln“. Wir forderten die Beschleunigung der Industrialisierung, weil das das einzige Mittel war, die führende Rolle der Stadt gegenüber dem Lande zu sichern und dadurch die Diktatur des Proletariats aufrechtzuerhalten.

Wir waren weitaus kühner in der Einschätzung der Möglichkeiten der Industrialisierung, als es die Bürokraten bis 1928 waren. Aber nie glauben wir, daß die Hilfsquellen der Industrialisierung unererschöpflich seien und daß der Rhythmus der Industrialisierung nur von der Zucht der Bürokraten abhängt. Wir haben stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse die feste Grundlage jeder Industrialisierung sein müsse. Und stets waren wir der Meinung, daß die Kollektivierung von der Industrialisierung abhängig gemacht werden müsse. Die sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft schien uns nicht möglich denn als das Wert mehrerer Jahrzehnte. Nie verließen wir die inneren Widersprüche des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande aus den Augen. Man kann die besonderen Widersprüche der Landwirtschaft nicht beseitigen ohne Aufhebung der Widersprüche zwischen Stadt und Land, die

erst durch eine Weltrevolution möglich wird. Wir haben also nie an die Beseitigung ganzer Klassen im Rahmen eines Stalin-Krizjanowitschen „Fünfjahresplans“ gedacht. Wir verlangten vielmehr die Eindämmung der Ausbeutungsgehälste des Stulats und die regelmäßige Beichneidung seiner Einkünfte zugunsten der Industrialisierung. Deswegen sind wir auf Grund des Urteils des Strafgesetzbuches verbannt worden.

Die marxistische Opposition wurde zurückgeschlagen durch den Bloß des rechten Flügels und des Zentrums. Rechte und Zentrum hatten sich auf einen Augenblick getrennt. Jetzt sind sie wieder einig. Sie haben eine gemeinsame Grundlage: den National-Sozialismus. Ueber unsere Linie hinweg haben sie eine Wendung von 180 Grad gemacht. Zusammen haben sie nach und nach das Problem der sozialistischen Industrialisierung in ein kleines bürokratisch-überindustriales Modellspiel umgewandelt. Sie umschrieben die KPÖ und begaben so das „Verbrechen“, dessen sie uns früher fälschlich beschuldigten und für das unsere Freunde heute noch ihre Kerker und ihre Verbannungsorte füllen.

Statt den Kulak zu bändigen und zu beherrschen, räumen sie von dessen Beseitigung durch administrative Maßregeln, ein Recht, dessen sie früher uns beschuldigten und gegen den wir uns mit berechtigter Entrüstung verwehrt. Die Rechte, die Angst davor hatten, die notwendigen Schritte „vornwärts“ zu machen, stürmen jetzt mit den Zentrissen blindlings „vornwärts“. Der Bloß ist wiederhergestellt, nur geht's jetzt nicht im „Schneckenempo“, sondern „mit der Geschwindigkeit eines Flugzeugs“. Wie viele Monate noch wird die gegenwärtige Führung die Partei auf dem Wege der ultralinken Politik noch weiterlegen?

Nur sehr wenige, glauben wir.

Je toller der gegenwärtige Kurs wird, desto schneller werden sich seine inneren Widersprüche zeigen. Jetzt, nach der Drehung um 180 Grad, wird die Führung eine zweite, ebenso große machen und so, nach Beschreibung eines vollen Kreises, wieder bei ihrem Ausgangspunkt anlangen:

„Es wird so sein wie es war.“

Was nun?

Die hier nur kurz berührten Fragen bilden den Gegenstand einer größeren Arbeit, die wir bald veröffentlichen zu können hoffen. Das erklärt das Schematische dieser Darlegungen. Wir werden auch die Frage beantworten: Was tun?

Die Industrie treibt einer heftigen Krise zu — dank dem ungeheuerlichen Bürokratismus, der bei der Ausarbeitung des Fünfjahresplanes gewaltet hat. Dieser Plan hätte entworfen werden müssen unter Beobachtung der Maßverhältnisse und der notwendigen Sicherungen, in einer freien Diskussion über das Tempo und die Fristen, unter Mitarbeit aller interessierten industriellen Kräfte, der Arbeiterklasse mit allen ihren Organen und vor allem der Partei selbst, bei freier Untersuchung der wirtschaftlichen Sowjetserfahrungen der letzten Periode, die sich auch auf die furchtbaren Fehler, die die Führung begangen hat, hätte erstrecken müssen. Der Hauptzweck des Planes ist zu bestimmen, wie viel die Arbeiter und Bauern unmittelbar verbrauchen wollen und können und wie viel sie ersparen und akkumulieren können. Der Rhythmus der Industrialisierung ist keine Angelegenheit der bürokratischen Phantazie, er ist abhängig von dem Leben und dem Bildungsgrad der Massen.

Darum kann ein Plan sozialistischer Aufbauarbeit nicht von der Bürokratie auf Grund vorgefaßter Meinungen betrieben werden. Er muß sich bilden und vervollkommen nach Maßgabe der sozialistischen Aufbauarbeit selbst, d. h. auf der Grundlage einer breiten Sowjetdemokratie. Die Feststellung z. B., welche Bedeutung der chemischen Industrie in ihrer Gesamtheit in dem Plan der allernächsten Zeit beizuge-

weisen werden muß, kann nur erfolgen durch die freie Entwicklung der chemischen Industrie in den verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen und der vielfachen Industriezweige des Landes. Die Sowjetdemokratie ist keine Angelegenheit der abstrakten Politik, noch weniger der Moral. Sie ist nunmehr eine wirtschaftliche Konzentration geworden.

Die erste Bedingung des sozialistischen Fortschrittes ist für uns vor allem die Erhaltung oder vielmehr die Rettung der Partei. Dieser elementaren geschichtlichen Weise beraubt, wird das Proletariat machtlos. Nun sehen wir aber, daß die Stalinische Bürokratie dabei ist, die Partei umzubringen. Man ersucht die Avantgarde in der Klasse. Man rumpelt Denken und Willen der Partei nieder. Die Bürokratie hat keine Hemmungen mehr. Die Führung ist blind und unkontrolliert. Die Partei kann sich eine übliche Führung nicht wieder geben, so lange sie nicht wieder die Partei geworden ist. Was ist da zu tun? Die Partei muß dem Apparat die Macht, die er sich angemacht hat, wieder wegnehmen. Wer kann das tun? Der proletarische Kern der Partei, der sich auf die Arbeiterklasse stützt.

In zweiter Linie gilt es, die Diktatur des Proletariats wieder auf den rechten Weg zu bringen. Das ist nur möglich, wenn das Proletariat von Jahr zu Jahr die Verbesserung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Lage, die Verwirklichung seines Genusses im Stadt und im Land herstellen kann und die „Scheren“ der Presse in der Industrie und in der Landwirtschaft sich so schließen, daß sie dem Bauern einen wirklichen Vorteil von der Oktoberrevolution läßt.

Der Rhythmus der Industrialisierung dient nicht dem Aufbau eines nationalen Sozialismus, sondern der Festigung der Grundlage der Diktatur des Proletariats und der Verbesserung der Lage der Arbeitermassen in Stadt und Land. Es handelt sich da um ein rein sochisches Problem. Es verlangt sowohl Mut als Klugheit. Es schließt ebenso ein arbeitsreiches Fortwärteln, wie das kaldercherische Abenteuererium aus.

Es wäre sicherlich, zu behaupten, daß die Opposition einen unfehlbaren Plan fertig in der Tasche hat, der die Sowjetunion gegen die Gefahren schützen könnte, die sich aus der Mischung von Abenteuererium und Opportunismus ergeben.

Auch eine vollkommenere Marschroute kann einer Marschkolonnen keine unmittelbar anwendbaren Weisungen geben, wenn diese Kolonne weit vom Weg abgewichen ist und bis zum Hals im Morast steckt. Es ist zunächst ein ganzes System von Maßregeln notwendig, nur um die Kolonne auf den rechten Weg zu bringen. Eins ist sicher: daß der beste Führer das nicht leisten könnte. Es bedarf der kollektiven Anstrengungen der Partei und der Klasse, der Hilfe von unten — was die Macht und das Mittel einer schöpferischen Kollektivinitiative voraussetzt.

Im gegenwärtigen Augenblick ist vor allem andere eine Maßregel notwendig: eine strenge finanzielle Disziplin. Man muß den Beutel so fest zuzchnüren, als es geht, sowohl was den budgetären Plan, als was den Plan der Kredit betrifft. Kein Zweifel, daß diese Maßregel schmerzhaft erscheint, denn sie muß so manches Beginnen auf halbem Wege aufhalten. Aber sie ist unvermeidlich. Die finanzielle Disziplin wird der erste Schritt zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Disziplin sein. Wenn man nicht sofort allen phantastischen und unproportionalen Unternehmungen den Weg verstopft, wenn man nicht sofort den Rhythmus in den Grenzen des Möglichen hält, so könnte die Inflation ihnen zu einer katastrophalen Entwicklung verhelfen, deren Folgen nicht bloß dem unverbildeten, ganz auf einer moralischen Inflation beruhenden Ansehen einer unwissenden Führung gefährlich werden, sondern auch einem unendlich viel größeren moralischen Wert: der Oktoberrevolution.

Les Trotski.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Novaragasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Laborstraße 52 b.